

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Prachen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Gilt als Expedition für die Be-
zogenen Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. H. Pönniger,
166 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 49.

Mittwoch, 18. Juni.

1873.

Abonnements-Einladung.

Parteigenossen!

Mit dem 1. Juli wird das Parteiorgan
wöchentlich dreimal

erscheinen, und zwar Mittwoch, Freitag und Sonntag.

Der Preis wird 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal
6 Sgr. (21 Kr. rh.) pro Monat betragen.

Es steht zu hoffen, daß diesem öfteren Erscheinen des
„Volksstaat“ auch eine entsprechende Zunahme der Abonnenten-
zahl folgen wird. Möge Jeder das Seine thun, damit der
„Volksstaat“ in keiner Fabrik, in keiner Werkstatt, in keiner
Hütte mehr fehle. Je größer die Abonnentenzahl, desto wirk-
samer kann das Blatt eintreten für die Interessen des arbeiten-
den Volkes, desto nachdrücklicher kann es gegen die Klassenherr-
schaft und gegen die moderne Produktionsweise ankämpfen.

Parteigenossen! Der „Volksstaat“ ist das beste Mittel
zur Verbreitung unserer Grundzüge; kein Opfer darf Euch zu
groß erscheinen, wenn es gilt, demselben allüberall Eingang zu
verschaffen!

Redaktion und Expedition.

Der für diese Nummer bestimmte Vorkaufspreis
müßte zurückgestellt werden.

Internationale Arbeiter-Assoziation.

Erklärung über die Mandate für Frankreich.

Die Republik Diers braucht ihre Arbeiterprozesse so gut wie
die Kaiserreiche der Bonaparte und Bismarck. Die Kommune-
Prozesse gingen auf die Reize, — da wurde ein andres Stück
in Scene gesetzt: Der Proceß gegen die Internationale in Paris
und Toulouse. Die Thatsache, daß ein früherer Bevollmächtigter
des Londoner Generalraths und ein Mandatar des jetzigen General-
raths darin eine Rolle spielen, ist bezeugt worden, um die nicht-
würdigen und lächerlichsten Angriffe gegen den unterzeichneten
Generalrath zu schleudern. In ruhender Uebereinstimmung wech-
selt in der Verleumdung miteinander die „Internationale“ von
Brüssel und der „Neue Sozialdemokrat“ von Berlin, die bala-
nistisch-alliancistische Enthaltensapostel und die in freier Liebe
und freiem (Papier-) Geldmachenden Allernachpolitiker, die in über-
schwenglicher Freiheit zerfließenden Föderalisten und die in straffster
Disciplin verbissenen Centralisten. Welch glückliche Familie!

Unsere Mitglieder und Freunde geben wir im Folgenden
das durch Protokolle und Correspondenzen Erwiessene und stets
nachweisbare Thatsächliche:

Auf den Antrag Serraillier's beschloß der Congreß im Haag,
alle Vollmachten und Mandate zu widerrufen und dem General-
rath die Aufstellung neuer Vollmachten aufzutragen. — Das
Mandat des Hauptangellagten in Toulouse — Dentragues —
war somit erloschen. — Als der Generalrath den Antrag des
allgemeinen Congresses, neue Vollmachten anzustellen, in Be-
rathung zog, war derselbe einmüthig darin, die Vollmachten nur
in genauer Uebereinstimmung mit den Wünschen der bezüglichen
Gruppen und Organisationen der betreffenden Länder zu ver-
theilen und enthielt sich vorläufig jeder Erneuerung, forderte aber
in seinem ersten geschäftlichen Rundschreiben an die Föderationen
in seinem ersten geschäftlichen Rundschreiben an die Föderationen
u. s. w. (vom 27. October 1872) dieselben auf, dem General-
rath schleunigst Adressen u. s. w. mitzutheilen.

Dieses Rundschreiben wurde dem früheren Sekretär des Gene-
ralraths für Frankreich, A. Serraillier, zugesandt zur Uebermit-
telung nach Frankreich. — In der Sitzung vom 3. November
verlangten die französischen Mitglieder des Generalraths, daß die
Mittheilungen des Generalraths direkt nach Frankreich, also auch
an E. Heddeghem in Paris, gesandt würden. Der Generalsekretär
erklärte, daß er vor der Erneuerung neuer Bevollmächtigter doch
unmöglich die Zusendungen an andre Personen richten könne, als
an den bisherigen Correspondenten für Frankreich, und der Gene-
ralrath beschloß, dieses Verfahren einzuhalten, bis direkte Mit-
theilungen in Antwort auf das Rundschreiben vom 27. October
eintreffen. — Am 30. November wurde dem Generalrath vorgelegt
ein Schreiben des Heddeghem von Paris, an ein französisches Mit-
glied des Generalraths, worin folgende Stellen vorkommen: „Ich
nehme es auf, auch alle nöthigen Mittheilungen der Provinz (dem
Frankreich außer Paris) zu übermitteln... Ihre Briefe würden
mich übrigens durch die Vermittlung von Cournet erreichen...
Aber ich hoffe, daß Sie mir direkt schreiben können... Schreiben
Sie mir so schnell als möglich die Vollmachten, welche ich dem
bezeichneten Bürger übersenden werde. — Wenn Sie es für ge-
eignet halten, die Meinige (Vollmacht) zu erneuern, so schicken Sie
dieselbe; dies ist ebenfalls sehr dringend...“ Zugleich mit
diesem Schreiben übersandte der Heddeghem eine Anzahl Briefe
seiner Freunde aus Toulouse, worin Klagen gegen Dentragues
enthalten waren, besonders wegen seines Auftretens gegen den
Heddeghem, und Vollmachten für eine andre Person verlangte
wurden. — Am 1. Dezember beschloß der Generalrath auf Ver-
langen seiner französischen Mitglieder, welche es für sehr dringend
erklärten und den Heddeghem für einen ephemerischen Parteigenossen
hielten, dem Heddeghem ein provisorisches Mandat zu geben und
ein Comité mit Ausharbeitung der Mandatform zur Vorlage für
die nächste Sitzung zu beauftragen. Zu gleicher Zeit wurde aber

beschlossen, nochmals direkt an die Mitglieder der Internationalen
Arbeiter-Assoziation in Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Polen
und Ungarn die Aufforderung zu richten, dem Generalrath Per-
sonen als Bevollmächtigte vorzuschlagen. — Diese Aufforderung
wurde auf Verlangen auch dem Heddeghem geschickt. — In der
Sitzung vom 8. Dezember wurde der Generalsekretär ermächtigt,
an andre Personen, als den Heddeghem in Paris zu schreiben und in
Auskunft zu verlangen. Die Vorlage des Mandatkomités hin-
gegen wurde zurückgelegt auf eine andre Sitzung und in der
Sitzung vom 15. Dezember geschah dasselbe. — In der Sitzung
vom 22. Dezember wurde endlich die Form der Mandate festge-
stellt, aber mit ausdrücklicher Hinzufügung des Wortes „provisorisch“
und zu gleicher Zeit wurde gegen die Stimmen der französischen
Mitglieder A. Serraillier in London zum Bevollmächtigten des
Generalraths für Frankreich ernannt. — Am 23. Dezember lief
das Secessions-Pamphlet der Blanquisten von London ein. In
der Sitzung vom 30. Dezember wurde Dercure aufgefordert, sich
über seine Stellung zu den Blanquisten zu äußern, worauf er
offen seine entschiedene Mißbilligung des Pamphlets erklärte, es
einen schlechten Schritt (mauvais pas) nannte, und auf Befragen
hinzufügte, daß er Heddeghem (der notorisch mit den Blanquisten
in Verbindung stand) für einen tüchtigen und entschiedenen Partei-
genossen halte. — Jetzt wurde der Generalsekretär angewiesen,
das provisorische Mandat an Heddeghem abzugeben und offene
Erklärung von ihm zu verlangen über seine Stellung zu den Blan-
quisten. Das Schreiben nebst Mandat (provisorisch) wurde ab-
gesandt am 3. Januar 1873.

Dies der altenmäßig festgestellte Sachverhalt.

Unsere Mitarbeiter werden daraus erkennen:

1) Daß der Generalrath in seiner Mehrzahl von vornherein
Mißtrauen gegen den Heddeghem hegte, indessen dem Drängen der
zunächst Beteiligten, der französischen Mitglieder, nachgab, die
Abwendung des Mandats aber so lange als thunlich verzögerte,
um zuverlässige Reformation von anderer Seite zu erlangen, welche
leider nicht zeitig genug eintraf.

2) Daß Dentragues in Toulouse kein Mandat vom Gene-
ralrath hatte, die Anschuldigungen gegen ihn aber von Freunden
Heddeghem's anzuhängen.

3) Daß der Generalrath eifrig und gewissenhaft bemüht war,
Vollmachten nur an solche Leute auszustellen, welche von den be-
treffenden Distrikten selbst als Vertrauenspersonen bezeichnet
wurden, — wofür allen Mitgliedern genügende Beweise vorgelegt
werden konnten.

Die Behauptung, daß der Generalrath von Sectionen in Frank-
reich die Einsehung der Mitgliederliste verlangt habe, ist einfach
erlogen. — Schließlich erinnern wir unsere Mitarbeiter an den
27. October 1872 mitgetheilten Beschluß des Generalraths, wo-
nach alle Schriftstücke wörtlich in der Sitzung des Generalraths
vorgelesen werden, ehe sie zur Verwendung durch den Generalsekretär
kommen, also jeder Eigenmächtigkeit des Generalsekretärs
vorgebeugt ist. —

Der Generalrath:
F. J. Bertrand, F. Volte, E. Carl, S. Dercure,
S. Kavanagh, E. F. Saurer, F. A. Sorge, E. Speyer.
New-York, 23. Mai 1873. Der Generalsekretär:
F. A. Sorge.

Klassenherrschaft.

So gern die Bourgeois ableugnen, daß sie eine ausbeutende,
aneignende Klasse sind, so oft sie heuchlerisch von ihrem „Ent-
behrungslohn“ reden und das Bild jenes lächerlichen Gefellen,
des „entsagenden Kapitalisten“ an die Wand malen, so gern sie
sich als die privilegierten Pächter der „Bildung“ zur Schau stellen,
so roh und plump plagen sie heraus, wenn ihr Klasseninteresse in
Frage kommt, und so widerlich schmeicheln sie Dem, der sich zum
Protector ihres Klasseninteresses aufwirft.

Mit unverhüllter Feindschaft jubelt daher ein Leipziger Bour-
geois und Correspondent des „Chemnitzer Tageblatt“ jener gesell-
schaftsretternden That des sächsischen Ministeriums zu, welche
legteres vollbracht hat, indem es verordnete, daß kontraktbrüchige
Arbeiter auf Antrag ihrer Arbeitgeber ohne alle weiteren Um-
stände bis zu sechs Monaten hinter Schloß und Riegel gebracht
werden können, damit sie auf diese Weise gezwungen werden, die
Bedingungen des Kontracts einzuhalten. Die Verordnung fußt
auf einer gesetzlichen Bestimmung vom Jahre 1838, die glücklich
aus der juristischen Kumpellammer wieder hervorgeholt worden
ist. Wenn schon dieser Umstand allein auf die Verurteilung oder
„Entscheidung“, wie der Leipziger Bourgeois es nennt, ein
eigenthümliches Licht wirft, so erscheint dieselbe noch weit mehr den
ganzen heutigen Gesellschaftszuständen angemessen, indem sie gänzlich
nur im Interesse der Besitzenden und ausbeutenden
Klasse wirken kann. Wenn der Arbeitgeber den Kontrakt bricht,
was kann da der Arbeiter machen? Kann er ihn auch bis zu sechs
Monaten einsperren lassen?

Und immer nur ist es der Arbeiter, der solch harten Be-
stimmungen unterworfen wird. Der größte Schwindler und Lump,
wenn er nur in großem Maßstabe gewauert hat, kann das
Resultat der Untersuchung auf freiem Fuße abwarten; der arme
Arbeiter muß, wenn sein „Kontraktbruch“ vom menschlichen
Standpunkt aus noch so sehr berechtigt ist, ins Gefängnis.

Und die Herren Arbeitgeber? Wenn sie zur Zahlung einer
Entschädigungssumme an den gemäßigten Arbeiter gezwungen
werden, was macht das den „großen Herren“ aus, die in Folge
ihres Ausbeutungssystems eine solche Bagatelle mit Lachen be-
zahlen können?

Der Correspondent des „Chemnitzer Tageblatt“ findet natür-
lich diese „Thatsache“ sehr erfreulich und nennt sie einen „Rechts-

schutz, ein Repressivmittel, um nöthigenfalls die Arbeitgeber
gegen Verwahrlosungen und Eigenmächtigkeiten ihrer Gehälfen
zu schützen“.

„Rechtsschutz“, der den Arbeiter vogelfrei macht! Es wird
noch so weit kommen, daß unsere Bourgeois, die in Begriffs-
und Wortverdrehung so Außerordentliches leisten, die Vieltheube
für identisch mit dem Palmzweig des Friedens erklären.

Für das arbeitende Volk aber ist die Bourgeois-Frivollität ein
wohl zu beherzigender Wink, sich zusammen zu schaaren und durch
die Macht der Massenorganisation die schmachliche Klassen-
herrschaft zu brechen.

Politische Uebersicht.

Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! lautet jetzt das
Stichwort auf allen Gebieten des offiziellen Lebens. Auch das
Bischen Freithe, das die „Gewerbeordnung“ den Arbeitern ge-
währte, soll ihnen nun wieder genommen werden. Wir lesen
in der „Demokratischen Zeitung“: „Daß die Interpellation der
Konservativen in Betreff legislatorischer Maßnahmen gegen den
Kontraktbruch der Arbeiter auf fruchtbaren Boden gefallen,
ersehen wir aus dem so eben dem Bundesrath vorgelegten Entwurf,
betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung.
Derselbe zerfällt in zwei Artikel. Der erste Artikel hebt den § 108
der Gewerbeordnung auf und formulirt denselben dahin neu:
„§ 108. Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit
ihren Gesellen, Gehälfen oder Lehrlingen, die sich auf den Antritt,
die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses,
auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben oder
auf die Ertheilung oder den Inhalt der in den §§ 113 und 124
erwähnten Zeugnisse beziehen, sind, soweit für diese Angelegen-
heiten besondere Behörden bestehen, bei diesen zur Entscheidung zu
bringen. In soweit solche besonderen Behörden nicht bestehen, erfolgt
die Entscheidung durch die Gemeindebehörde oder durch eine
Deputation derselben, welche auf Anordnung der höheren Ver-
waltungsbehörde gebildet wird. Durch die Centralbehörden können
an Stelle der vorbezeichneten Behörden Gewerbegerichte mit der
Entscheidung betraut werden.“ Die folgenden §§ 108a—108h
handeln von der Bildung, Zusammenfügung, Kompetenz und dem
Verfahren der Gewerbegerichte, gegen deren Entscheidung nur Rich-
tigkeitsklage zulässig ist. — Der zweite Artikel des Gesetzes betrifft
den Erlass der §§ 153 und 154 der Gewerbeordnung durch drei
neue Paragraphen, welche die Theilnahme an der Arbeitseinstel-
lung, bezw. die Verabredung oder den Zwang dazu bestrafen und
dieselbe auch auf die Besizer bezw. Arbeiter von Bergwerken,
Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuen oder
Gruben ausdehnen. — Diese Bestimmungen machen selbstver-
ständlich das Wort „Coalitionsfreiheit“ zum Hohn. Der
Bundesrath, der eine so bewundernswürdige Halskürzigkeit be-
weisen kann, wenn Diäten für den Reichstag gefordert werden,
hat dem konservativen Frömmeler- und Minderthum natürlich be-
reitwilligst auch noch mit „Motiven“ zu obigen Abänderungen
sekundirt. Eine Liebenswürdigkeit ist der andern werth und es
geht ja gegen die Arbeiter. In diesen „Motiven“ heißt es:
„Der Geist der Zustlosigkeit und Ungebundenheit, welcher bei
manchen Arbeitern in Folge der Straflosigkeit absichtlicher Rechts-
verletzungen immer mehr zur Herrschaft gelangt, und das Gefühl
des mangelnden Rechtsschutzes auf Seiten der Arbeitgeber drohen
die Achtung vor dem Gesetze in weiten Kreisen des Volkes zu
untergraben, und der in Folge dessen bei den Strictees überhand
nehmende Terrorismus wird zu einer ernstlichen Gefährdung der
öffentlichen Ordnung und Sicherheit.“

„Mangelnder Rechtsschutz auf Seite der Arbeitgeber“
— man sollte wirklich meinen, die gesammte Intelligenz des preu-
sischen „Rechtsstaates“ sei in die große steife Cravatte des Herrn
Bundesräthlers Delbrück hineingefahren!

— Die schlechte Aufnahme, welche der preussische Pressnebel-
gesetz-Entwurf in der gesammten, nicht offiziellen oder nicht
offiziösen Presse gefunden hat, scheint den Urheber desselben doch
etwas verblüfft zu haben, und es ist spazig, wie sich die „San-
hirten“ jetzt Mühe geben, dem Publikum den Viren aufzubinden,
Bismarck sei unschuldig an dieser gesetzgeberischen Monstrosität.
Als ob man den „Genialen“ und seine Collegen Wagener und
Stieber nicht kenne! Ex ungue — Stieberum — an den Pfoten
den Stieber!

— Wer das Eigenthum, die Familie u. c. in einer den
Rechtssinn untergraben Weise angreift, wird bis zu zwei
Jahren Gefängniß bestraft, heißt es in dem Bismarck'schen Press-
gesetzentwurf. Rechts! In Berlin sprach dieser Tage ein
Mann zwei Schutleute an, die ein Mädchen verhaftet hatten, und
erhielt als Antwort einen Schlag, daß ihm Putz und Cigarre da-
von flog. Als der Beschlagene sich in einem höflichen Schreiben
beim Polizeipräsidenten beschwerte, wurde er wegen wissentlicher falscher
Denunziation angeklagt und zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt.
Wir wollen hier Nichts hinzufügen; wir wollten unsern Lesern nur
ein praktisches Proben von dem Bismarck'schen „Rechtssinn“ vor-
legen, den die Presse nicht untergraben soll.

— Wenn schon die „liberale“ Presse im Allgemeinen trotz
Bismarck's nun doch offeneren Pressnebelgelüste im Cervillismus
— welche ächte deutsche Knechtseule weint nicht schon Thränen der
Nührung allein über diesen schönen Namen! — im Besondern
geradezu Wunder. Die „Nationalzeitung“ hatte nämlich anlässlich
des Pressgesetzentwurfs einen „geharnischten“ Artikel losgelassen,
worin es hieß: „Wenn das Pressgesetz Mantelkesseln und Westphalen
und mit Ruthen peitschte, der Entwurf Bismarck's würde
uns mit Skorpionen züchtigen.“ Herr Biedermann druckte den

Artikel der „Nationalzeitung“ ab, sagte aber: „Der Entwurf würde uns mit Skorpionen jüchigen“. Welch zarte Anstands-
dämlichkeit! Welch tührende Treue! Der unterthänigste Verehrer
entstellt den Artikel eines anderen Blattes seiner eigenen Partei,
nur um bei dem „genialen“ Herrn und Meister nicht anzupöffen.
Uns dünkt, jener schwäbische Poet sei ein Prophet gewesen, der
vor 25 Jahren sang:

Es klingt ein Lied wie Orgelton,
Das rühmen alle Kenner,
Das kräh'n im Mutterleibe schon
Die deutschen Viedermänner;
Das alte Lied, das dumme Lied,
Sie singen's stets aufs Neue,
Das alte Lied, das dumme Lied,
Das Lied von der deutschen Treue.“

— Eine Englische Gewerkschaft. Dem „Beehive“ ent-
nehmen wir Folgendes: „Als der englische Gewerksverein der „ver-
einigten Maschinenbauer“ (Amalgamated Engineers' trade-union)
den großen Strike von 1858 in Scene setzte, da meinte die hoch-
weise Times und andere Schulmeister des arbeitenden Volks, daß
die hier gemachten Anstrengungen den Gewerksvereinen der Fähigkeit
berauben würde, noch fernhin den Arbeitgebern Widerstand zu
leisten. Zu jener Zeit zählte dieser Gewerksverein 7000 oder 8000
Mitglieder. Aber der kürzlich erschienene Jahresbericht seines Ge-
neralsekretärs B. Allen theilt uns mit, daß am Schlusse des vorigen
Jahres 41,076 dem Vereine angehörten, von denen 5,294 während
der letzten 12 Monate beigetreten seien. Dieser Mitgliederzunahme
entspricht natürlich auch das Wachstum der Geldmittel. Zu den
116,326 Pfund Sterling 6 Schillinge, welche sich am Beginn des
Jahres 1872 in den Kassen befanden, sind im Laufe desselben Jahres
weitere 105,373 Pf. St. 14 Sch. hinzugekommen, so daß die ge-
samten Activen des Jahres 1872 sich auf 221,704 Pf. Sterl.
oder 1,496,502 Thlr. belaufen haben. Hiervon sind in derselben
Zeit 63,390 Pf. 5 Sch. oder 427,884 Thlr. für die Zwecke der
Gewerkschaft ausgegeben worden, in welcher Summe als Haupt-
posten inbegriffen sind 15,377 Pf. St. für Unterstützungen an
unbeschäftigte Mitglieder und 18,563 Pf. St. für Unterstützungen
in Krankheitsfällen. Demnach betrug der Kassenbestand am Schlusse
des vorigen Jahres nicht weniger als 153,313 Pf. St. 15 Sch.
oder 1,068,619 Thlr. Und wenn wir die Ausgaben dieses Ge-
werksvereins par excellence während der letzten 22 Jahre summiren:
welche gewaltige Beträge treten uns da entgegen! Insgesamt
betragen die Ausgaben während dieses Zeitraumes 986,436 Pf.
Sterl. oder 6,608,443 Thlr., worunter die hervorragendsten Posten
die Unterstützungen an unbeschäftigte Mitglieder mit 546,265 Pf.
(3,787,289 Thlr.), diejenigen an Kranke mit 234,419 Pf. Sterl.
(1,482,328 Thlr.), die Pensionen an Altersschwache mit 80,379
Pf. (542,558 Thlr.), die Begräbniskosten mit 74,120 Pf. Sterl.
(500,310 Thlr.) sind. Das sind allerdings Zahlen, welche besser,
wie alles Andere, die Widerstandsfähigkeit einer guten Organisation
beweisen.“ Möge der Beweis für die deutschen Arbeiter nicht ver-
loren sein!

— Ueber den Congress der Englischen Internationalen
(in Manchester) liegt uns noch kein authentischer Bericht vor; der
„International Herald“ gibt in der letzten Nummer nur einige
kurze Notizen. Nach einem in Reynolds's Newspaper befindlichen
Referat waren 26 Delegirte anwesend, welche zusammen 23 Sektio-
nen oder affiliirte Vereine repräsentirten. (Drei Delegirte waren
als Vertreter des Britischen Federalrats anwesend.) Der Verlauf
des Congresses war ein durchaus befriedigender. Da die gefaßten
Beschlüsse in verschiedenen Blättern verschieden wiedergegeben sind,
so wollen wir mit der Mittheilung warten, bis wir im Besitz der
nächsten Nummer des „International Herald“ sind.

— Gott behüte mich vor meinen Freunden! mögen in
lehter Zeit manchmal die Gelehrten des „Neuen“ bei sich gedacht
haben. Da spielt ihnen zuerst Freund Meyer (von der „Revue“)
den Posten, und veröffentlicht in seinem neuesten Heft einen Artikel
über den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ welcher — von
der aus jeder Zeile sprechende Bärtlichkeit für dessen jetzige Leiter
ganz abgesehen — über die innere Verwaltung ic. Einzelheiten
enthält, welche der Verfasser nur durch einen der Leiter des
Vereins erfahren haben kann. Diefelben finden sich allerdings
zum größten Theil im jüngsten Reichsanzeigerbericht des Vereins;
dieser Bericht ist aber nur Eingeweihten und Vertrauens-
personen zugänglich; und er ist obendrein von Hrn. Meyer in
schönfärbischer Weise bearbeitet worden.

Noch schlimmer, — weil coram publico, in aller Offenlich-
keit vollbracht — ist der biederbe Händedruck, den Herr Braß,
weiland von der „Norddeutschen“, jetzt in der „Post“ die Wis-
marische Arbeit verrichtend, vor einigen Tagen dem „Neuen“ er-
theilt hat. Nach Bekanntwerden des famosen Preßgesetz-Monstrums
hatte der „Neue“ nämlich einen Artikel gebracht, in dem er, an
das sehr unglückliche Wort Passalles: Bismarck ist wenigstens ein
Mann ic. anknüpfend, fast weinerlich erklärte, er könne jetzt Bis-
marck nicht mehr als „Mann“ anerkennen, denn der Preßgesetz-
entwurf beweise, daß er (Bismarck) Furcht habe und zwar vor ihm
(dem „Neuen“).

Gleichzeitig schrieb die (Merikale) „Germania“: „es sei abzu-
warten, ob die (Preßgesetz) Vorlage die wahnsinnige Liebe der
unabhängigen liberalen Presse für gewisse politische Größen nicht
einigermaßen abkühlen werde.“

Diesen Artikel der „Germania“ druckte nun Herr Braß ab,
und darunter den oben erwähnten Erguß des „Neuen“ mit dem
Bemerkten: „Was die „Germania“ andeutete, scheint sich bereits
verwirklicht zu haben, denn der „Neue Sozialdemokrat“ schreibt
Folgendes ic.“

In seiner Verlegenheit über diese brüste Umarmung durch
Herrn Braß wird nun der „Neue“ von einem hysterischen Lach-
krampf erfaßt und stößt nachstehende Tölkade aus:

„Also wir haben bis jetzt eine wahnsinnige Liebe zu Bis-
marck gehabt! Es ist reizend, es ist köstlich! — Und nun erst
— nach dem Preßgesetzentwurf fängt auch unsere Liebe an, zu
erkalten. So deduzirt Braß — der Oberoffiziale, der Bis-
marcker comme il faut. Jetzt fangen wir allerdings bald selbst
an, an unsere seitherige wahnsinnige Liebe zu Bismarck zu
glauben und bitten allerunterthänigst den „Vollstaats“ und
die „Christen“ überhaupt, uns zu verzeihen, daß wir manchmal
ihnen grob auf ihre ungeschlachten, schmierigen Finger klopfen,
wenn sie uns „Bismarcker“ nannten.“

Der Renegat Braß hat's gesagt — nun muß es doch wohl
wahr sein!

Ja, ja, „der Renegat Braß hat's gesagt“, lieber „Neuer“, und
außer Wagener, Stieber und Bucher ist Keiner mit den Bismarck-
ern.“

*) Man wird uns zugucken, daß man kein „Mann“ zu sein braucht,
um mit den „altern Weibern“ der Fortschrittspartei fertig zu werden.
D. Red.

schon Geheimnissen so vertraut, wie „Renegat Braß“, kennt Keiner
namentlich die Preßreptilien so gut, wie „Renegat Braß“. Der
„Neue“ braucht sich also um unsere „ungeschlachten, schmierigen
Finger“ nicht zu bekümmern, wie überlassen ihn gemüthlich den
geschlachten oder ungeschlachten, jedenfalls der Aufgabe gewachsenen
Fingern des „Renegaten Braß“.

Kuriosum. Verschiedene Berliner Zeitungsredakteure haben
einen Protest gegen den Preßgesetzentwurf veröffentlicht, in dem sie
erklären, kein unabhängiger Mann könne noch Zeitungsredakteur
werden, wenn der Entwurf durchgehe. Mitunterzeichnet ist Herr
Behrensennig, Redakteur der Spener'schen Zeitung, die no-
torisch aus dem Preßbureau bedient wird. Ferner heißt es, die
Regierungen hätten allezeit die patriotische Haltung der Presse
während des Kriegs anerkannt und sie verleihe daher keine solchen
Maßregeln; und diesem jammervollen Stoßgebet haben auch bürger-
lich-demokratische Blätter zugestimmt! Wer begreift noch nicht, wie
Bismarck-Stieber es wagen konnte, der Presse einen solchen Knebel
zu bieten?

Gewerksgenossenschaftliches.

Internationale Gewerksgenossenschaft der Schuhmacher.

Da es nach Mittheilung der Redaktion nicht möglich ist,
das Gewerkschafts-Krankenstatut im „Vollstaats“ bekannt zu geben, so
ist es das Sicherste, das Statut wörtlich im Protokoll aufzuneh-
men. Ich bitte deshalb nochmals, mir umgehend die Stückzahl
der zu brauchenden Protokolle mit Krankenstatut anzugeben, damit
die Auflage danach bestellt werden kann. Das Protokoll selbst wird
dadurch bis auf das Wichtigste und Nöthigste beschränkt werden,
was die geehrten Delegirten und Mitglieder berücksichtigen wollen.
— Nebenbei gebe ich den Delegirten der Generalversammlung be-
kannt, daß ich auf gestern Donnerstag Abend eine Sitzung des
Verwaltungsraths sowohl mündlich, wie auch durch Extraannonce
im „Vollstaats“ anberaume. Trotz der Nothwendigkeit und massen-
haften Arbeit, wie sie jetzt vorliegt, waren außer mir nur Kassirer
Kreische und Kontrolleur Stengel zur rechten Zeit am Platz, alle
Uebrigen hatten es vorgezogen, eine Aufsichtsraths-Sitzung der
Produktiv-Assoziation zur selben Zeit abzuhalten. Alle Arbeiten
bleiben deshalb mir allein überlassen. Ich werde dem Beschluß
der Generalversammlung gemäß nach besten Kräften Alles zu ord-
nen suchen. Bitte aber eine etwaige Verzögerung der Arbeiten
nicht mir anzurechnen. Grüße an Alle!

H. Bilger, bish. Vorsitzender d. Vororts-Verwaltung.

Verband für Buchbinder.

Leipzig. Da die Statuten und Quittungsbücher an alle
Gauvororte bereits versendet sind, so ersuchen wir diejenigen Ver-
eine, welche sich noch keinem Gauverband angeschlossen, sich direkt
an den Ausschuß zu wenden. Ferner: die Protokolle kommen in
den nächsten Tagen zur Versendung; es wollen daher alle Vereine,
wo Personenwechsel mit dem Vorstande vorkommen, uns sofort die
Adressen zukommen zu lassen. Auch ist es sehr notwendig, alle
Schriftstücke an den Ausschuß, wo die Correspondenz durch die
Schriftführer besorgt wird, vom Vorsitzenden zu unterzeichnen. Zu
den Mitgliederlisten werden „Bogen“ zum Ausfüllen versendet
werden.

An freiwilligen Steuern für die Verbandskasse sind ferner ein-
gegangen von Hannover 10 Thlr.; von Frankfurt a. M. 4 Thlr.
8 Sgr. 6 Pf.; Sa.: 14 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf.

Hr. Hirsch, Kassirer, Antonstr. 15.

Internationale Gewerksgenossenschaft der Maurer und Zimmerer.

Coburg, 12. Juni. Im April bekamen die hiesigen Zimmer-
leute ein Circular von Berlin, worin sie aufgefordert wurden, sich
an dem Zimmerercongress zu beteiligen. Einige Wochen später be-
kamen sie ein zweites, daß der Congress zu Pragsten in Berlin
stattfände und mit diesem Anruf war auch noch ein provisorisches
Statut mit gekommen. Wir erfuhren dies und auch zu gleicher
Zeit, daß ein Agitator des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins
in Coburg sich auf den Zimmererplätzen herumtrieb, um für einen
Zimmererverein im Sinne des Allgemeinen Deutschen zu agitiren.
Wir ließen uns sogleich von der Internationalen Maurer- und
Zimmerergewerkschaft Statuten von Dresden kommen, welche wir
noch vor der Versammlung Einigen zum Durchlesen gaben, und
sind dann in ihre Versammlung gegangen, wo die Statuten auch
gleich nach kurzer Aufklärung angenommen wurden. Es hat sich
nun eine Mitgliedschaft der internationalen Maurer- und Zimmer-
ergewerkschaft gegründet, in welche sich gleich ca. 90 Mann
einzeichnen ließen. Diese 90 Mann bestehen aus lauter Zimmerern.
Wir werden nun nächstens an die Maurer gehen und haben die
Hoffnung, in kurzer Zeit 200 bis 300 Mann zusammen zu bringen.
Was die Leute vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein anbelangt,
so sollen sie sich in Coburg keine Mühe geben, für sie ist bei uns
kein Boden. Wir sehen hieraus, daß auch hier die Arbeiterbe-
wegung immer mehr Boden gewinnt, denn unser Arbeiterverein,
welcher in den letzten Jahren nicht über 50 Mitglieder zählte, ist
schon über auf 100 Mann gestiegen. Mit Sonneberg haben
wir in jüngster Zeit Verbindung angeknüpft und hoffen, daß wir
in dieser Fabrikstadt auch Boden gewinnen.

H. Kästner, Vertrauensmann.

Correspondenzen.

Reichenbach i. B. (Halbjährlicher Bericht.) Trotz des um
Weihnachten hauptsächlich durch die Anxnion Eschaf-Vorbringens
in unserer Weberei, Spinnerei u. s. f. herrschenden faulen Geschäfts-
gangs und der deshalb von vielen „humanen“ Fabrikanten be-
liebten Reducirung der Löhne unternahmen wir es, durch Grün-
dung einer Filial-Expedition dem „Vollstaats“ einen größeren
Leserkreis, der Partei mehr Mitglieder zu gewinnen. Wir hatten
die Freude, den Abonnentenstand auf 63 steigen zu sehen, während
die Mitgliedschaft solche Fortschritte durch neue Einzeichnungen
nicht aufweisen kann. Es liegt dies wohl auch in der Natur der
Sache. Durch die Unzulänglichkeit des Lohnes für Beherathete
müß viel gearbeitet und schlechte Kost, welche in der Regel aus
Kartoffeln und Hering, höchstens 2 Mal 1/2 Pfund Fleisch mit
etwas Gemüse in der Woche besteht, genossen werden. Das „Ge-
schäft“ geht jetzt besser. Fabriken „blühen“ auf, welche jugendliche
Arbeiter gern und viel beschäftigen. Wohnungsnoth ist an der
Tagesordnung, weshalb man Weber mit ihren Stühlen auf um-
liegende Dörfer wandern sieht, da viele Hausbesitzer den Einsturz
der Häuser durch das Geklapper befürchtend, Weber ungern auf-
nehmen und nach einer Wohnung oft 10 Familien haben, ob-

leich nicht immer im Verhältnis zur Nachfrage gebaut wird. Ein
kapitalistischer Wohnungsbauverein soll sich „gründen“ wollen; man
hört und sieht aber nichts. Durch solche Verhältnisse und die durch
die Millardenzufuhr entstandene Geldentwerthung ist natürlich
Alles theurer geworden, während Philister meinen, die Arbeiter
seien Schuld daran. Es fehlt nicht an Gimpeln, die solches Zeug
glauben und nicht sehen wollen, daß, wie schon seit langer Zeit den
Beamten aller Art Zulagen, Gratifikationen bewilligt wurden
wegen vertheuerter Lebensmittel, und die Fabrikanten nach wie vor
gut leben, auch den Arbeitern mehr gehört. Die jugendlichen Ar-
beiter beiderlei Geschlechts haben noch ein leidlicheres Auskommen,
sind aber mit wenigen Ausnahmen ersten Bestrebungen erst zu-
gänglich, wenn es zu spät ist. Seit Auflösung der Internatio-
nalen Gewerksgenossenschaft der Manufakturarbeiter haben wir hier-
orts keine Gewerkschaft, wohl aber hat der sozialdemokratische Ar-
beiterverein sich aller Angelegenheiten angenommen und Rath und
Hilfe nach Kräften ertheilt. In allernächster Zeit wird mit
Gründung gewerkschaftlicher Organisationen localer Natur vor-
gegangen, da nur bei ganz geringer Steuer, vielleicht per Mon-
at 1 Sgr., eine Massenbeteiligung zu erwarten ist. Die Fabrik-
arbeiterkrankenkasse ist mehr von Arbeitern beeinflusst worden
und hat den Zwang zum Beitritt für diejenigen abgeschafft, welche
schon einer Krankenkasse angehören. (Sehr nachahmenswerth) und
überall zu empfehlen. Red. v. B.) Im Stadtverordneten-Collegium
sitten seit 1 1/2 Jahren 8 Arbeiter, welche redlich bemüht sind, die
Lasten gleichmäßiger zu vertheilen, d. h. die Steuern meist von
Denen zu erheben, die viel und leicht entbehren können, sowie
ferner die Steuerlast überhaupt zu vermindern, was ihnen aber
schlecht gelingt, da die Hauptposten, Schule, Armenunterstützung,
Stadtschulden, Straßen- und Wasserunterhaltung immer größere
unabweisbare Posten verlangen. In Bewilligen von Gehalts-
Zulagen wurde immer geizig; nur bei den Lehrern schien ihnen
dies nicht am Platz, aber bei höheren Beamten wie Bürgermeister ic.
reichten die Summen nicht. Andernorts wurde für Abschaffung
der 2. Bürgerschule gewirkt, es konnte aber bloß der Compromiß
erreicht werden, daß es den Eltern erlaubt wird, ohne Erhöhung
des Schulgeldes ihre Kinder in die 1. Bürgerschule zu schicken.
Ein Antrag auf Abschaffung des Schulgeldes erhielt die Majorität,
stieß aber höhern Orts auf Widerstand. Trotz alledem öffnen sich
die Augen der Mittel- und Spießbürger nicht; demuthsvoll staunen
diese die reichen Leute an mit dem Vorfatz, ihnen ähnlich zu werden
und schimpfen mit auf die Sozialdemokraten, während die Prole-
tarien großen Einfluß bei den Wahlen nicht ausüben können, da
der größte Theil nicht wahlberechtigt ist. Bei der Reichstagswahl
wird es anders hergehen. Schon treffen wir Vorbereitungen hier
und nach Außen. Ein Agitationscomité, das den guten Willen
wenn auch noch nicht das Zeug hat, ist thätig. Versammlungen,
Spaziergänge, ernste und launige Hindernisse von den gemeinsamen
Gegnern sind auf der Tagesordnung. Die Parteigenossen.

Dresden, den 11. Juni. Eine Illustration der bei gerühmter
Gleichheit vor dem Gesetz, wie sie heutzutage in präxi gehandhabt
wird, bietet unzweifelhaft der Doppelprozeß „Prüfer und Genossen“
wider Kellner und Kellner wider Schauer, der sich hier im Laufe
dieses und des verfloffenen Jahres abgespielt hat. Bekanntlich
enthielt die Nummer 49 des „Vollstaats“ vom v. J. eine
Correspondenz aus Dresden in welcher die ungeschlachten und will-
führlichen Vergewaltigungen des Fabrikantenbundes im Allgemeinen
und namentlich das Verfahren des Direktors der hiesigen ehemals
Schlischen Dampfschiffbauanstalt, Herrn Kellner, seinen Arbeitern
gegenüber, einer allerdings nicht schmeichelhaften Kritik unterzogen
wurden. Während nun die betreffenden Arbeiter, Prüfer und
Genossen, auf Grund des Gewerbegesetzes, das jedem Staatsange-
hörigen seine Erwerbsrechte gewährleistet, gegen die von Kellner
ausgestellten Zeugnisse, die diese Rechte wesentlich beeinträchtigen
wenn nicht gänzlich illusorisch machten, Klage erhoben, ließ ic. Kellner
durch seinen Sachwalter, Advokat Nathä, hier zuerst gegen die
Redaktion des „Vollstaats“ und später gegen den Verfasser der
genannten Correspondenz die Untersuchung wegen Verläumdung
und Beleidigung beantragen. Es war in der von Herrn Nathä
verfaßten Klageschrift hauptsächlich eines in den Aufsatz Beispie-
weise erwähnten Kohlenbiefstahls, der „in unerkennbarem Zu-
sammenhang mit der Person Kellners gebracht“ sei, gedacht
als Hauptpunkt hervorgehoben. Schauer, der Verfasser jener
Correspondenz, kündigte hierauf den Beweis der Wahrheit an
konnte jedoch erst nach geraumer Zeit in Besitz der Bezeugnamen-
gelangen und wurde unterdessen zu 20 Thaler Geldstrafe ver-
urtheilt. Natürlich erhob Schauer gegen dieses erstinstanzliche Ge-
richtsurtheil Einspruch und am 6. ds. Mtz. fand vor dem hiesigen
Bezirksgericht die öffentliche Verhandlung statt. Wie sehr man
aber der Angeklagte staunen, als die vorangehende Verichterstattung
aus den Akten ergab, daß deren Hauptlagepunkt, den Kohlenbief-
stahl betreffend, aus der Klage verschwunden war, und daß die
sich nur noch an einige weniger wesentliche Bemerkungen über
Kellner klammerte, die ziemlich naturgemäß aus der ominösen Kohlen-
affaire einerseits und dem Auftreten ic. Kellners gegen die Arbeiter
andererseits hergeleitet werden mußten. Schauer stellte daher an-
bevor er sich auf eine Vertheidigung hiergegen einließ, den Antrag
auf Abhörnung der von ihm bezeichneten Zeugen, war aber leider
Augenblick darüber in Zweifel, daß ebensovohl diesen Antrag ab-
gelehnt, als auch das 20 Thlr.-Urtheil bestätigt werden würde
und er hatte die undurchdringliche Weisheit des Dresdner Bezirks-
gerichts trefflich beurtheilt, es blieb beim Alten. Nun aber,
man gegen das „literarische Freibeutenthum“, wie Herr Nathä
eine „gewisse Presse“ zu nennen beliebte, eine so unvergleichliche
Gerechtigkeit geübt, sollte man glauben, daß auch das „industrielle
Freibeutenthum“, auf das Schauer in seiner Vertheidigung mit
scharfen Worten hinwies, vom Arme der heiligen Justiz ereilt
werden würde. Mit Nichten! die 12 Schlichter Arbeiter
heute noch nicht zu ihrem Rechte gelangt. Nachdem das Gewerbe-
gericht, ohne sich auf das Wort „ordnungsgemäß“ einzulassen, er-
schieden, daß die Akte nicht auf Entlassung, sondern auf frei-
willigen Austritt der Arbeiter zu lauten hätten, appellirten beide
Parteien und wurden an das Bagatelgericht verwiesen, das wieder
um erklärte, in der Sache nicht competent zu sein. Auf abermalige
Appellation des Advokat Ledener, Sachwalters der 12 Arbeiter,
resolvirte das Appellationsgericht, daß nur mit Zustimmung des
des beklagten ic. Kellners der Prozeß auf dem Bagatelwege
rechtswege erledigt werden könne, andernfalls aber auf dem
großen oder Ordinarprozeßwege fortzusetzen sei. Natürlich
weigerte Herr Nathä hierzu seine Zustimmung und Herr Ledener
Ledener mußte sich als Jurist und vernünftiger Mensch sagen, da
an eine definitive Durchführung dieses Prozeßes nicht zu denken
sei, daß eine Genugthuung für die erlittene Unbill, die Erlangung
des guten Rechts den Arbeitern in eine unberechenbare Ferne er-
rückt werde, und gab den Prozeß auf. Das ist die reichsgerichtliche
Gleichheit vor dem Gesetze!

Berlin. Sonntag, den 8. Juni fand hier eine Versam-
lung der Weber-, Tuchmacher- und Raschmacher-Jungung statt;

wurde anfangs nicht eingelassen. Später gelang es mir indes dennoch, der Versammlung beizuwohnen. Tagesordnung war: Bericht des Innungs-Vorstandes über die Antwortschreiben der Herrsch-Fabrikanten auf die ihnen zugesandte höchst humane gehalten Aufforderung, die Löhne der Stuhlarbeiter aufzubessern, es hatten aber nur 7 geantwortet. 1) Haller. Derselbe entschuldigt sich mit dem hohen Garnpreisen, und schlägt schließlich die Aufbesserung rund ab. 2) Herr Hessel. Derselbe sieht ein, daß die Stuhlarbeiter sich in einer sehr traurigen Lage befinden, arbeitet aber jetzt auch ohne jeden Verdienst, bloß der Arbeiter wegen. (Herr Hessel ist immer so „human“, sonst hätte er nicht in einem Zeitraum von kaum 20 Jahren es von einem armen Webergehilfen bis zu einem der reichsten hiesigen Fabrikanten bringen können.) 3) Hirschfeld & Fiedel haben in höchst „humaner“ Weise in ihrem Comtoir gleich angeschlagen, vom 1. Juli ab 10 Proc. mehr zu geben (wenn die Herren diese 10 Proc. geben, so geben sie den noch kaum den Lohn, den andere Firmen von jeher zahlten). Ähnlich antworteten die übrigen Firmen, es ist also zu sehen, daß mit „Humanität“ nichts zu machen ist. Die Innungs-Vorstände legten auf Grund dessen nach längerer Debatte einen von ihnen ausgearbeiteten Lohnarif vor, der von der Versammlung einblos angenommen wurde, und den Fabrikanten sowohl wie den Meistern gedruckt überreicht werden soll. Am Mittwoch Abend 6 Uhr findet die nächste Versammlung statt, mit Hinzuziehung der selbstständigen Stuhlarbeiter.

Königsberg, 12. Juni. Zu der gestern stattgefundenen Versammlung sämtlicher Arbeiter aus hiesigen Maschinenbauanstalten wurden wohl auch sämtliche auf den Beinen gewesen sein; leider lagte das Lokal, der Gemeindegarten, nur ca. 500 Mann, doch waren die Vorhallen und Treppe bis zur Straße dicht besetzt. Auf der Tagesordnung stand: Einführung der 10stündigen Normalarbeitszeit und Festsetzung des Minimal-Lohn- resp. Accordsatzes. Zu Vorsitzenden wu den Schwarz und Laurus aus der lgl. Dtschln- und der Unionsvereine, der größten Fabrik hier, gewählt gegen den Dtschvereinsvorsitzer Blaul. Als Referent war von der provisorischen Commission Estlein aufgeführt und sprach derselbe zur allseitigen Zufriedenheit und Einstimmung über den ersten Punkt, rieth möglichste Enthaltung von Streiks, aber auch feste Organisation. Nachdem noch mehrere Arbeiter einige demnächst anzustellende Forderungen — eine Erhöhung des Lohnes um 25 Proc., für Ueberstunden 33 1/2 Proc. und Sonntagsarbeit gegen doppelten Lohn — erwähnt, entschied man sich zur Wahl eines Comités, welches die nöthigen Erkundigungen über den jetzigen Lohn anfragen solle. Es wurden aus jeder Fabrik je 4—5 Mann ernannt; statt der sich zurückziehenden Dtschvereinsvorstandsmitglieder, deren verletzliche Eitelkeit darüber, daß diese Sache nicht vom Dtschverein ausgegangen, von der Versammlung gebührend gewürdigt wurde, Andre, die das Vertrauen der Kollegen haben und sich nicht scheuten, öffentlich an die Spitze zu treten. Die Furcht der Gegner ist täglich im Steigen begriffen, weshalb wir große Hoffnung haben, zu den Reichstagswahlen.

Greifeld. Montag, den 2. Pfingstfeiertag fand in Greifswald (Kreis Rempen) eine große interessante Volksversammlung statt, die erste, welche überhaupt von sozialdemokratischer Seite dort veranstaltet worden ist. Jos. Sauren und Unterzeichner referirten, von öfterem stürmischen Beifall unterbrochen, abwechselnd über die Grundsätze der Sozialdemokratie; als wir schließlich aufforderten, sich in die Listen einzeln zu lassen, wurden alle unsere Erwartungen übertroffen. 80 Personen traten der Partei bei und die Zahl wäre sicher noch bedeutend höher gekommen, hätten wir nur noch mehr Material bei uns geführt. Die Sache wird sich dort gut machen, zumal tüchtige intelligente Leute die Sache in die Hand nehmen. Auch waren viele Arbeiter der Nachbar-Städte amwesend, welche uns erluchten, auch bei ihnen derartige Versammlungen abzuhalten, welchem Wunsche wir natürlich gern nachkommen werden. Unter Hochs auf das Gedächtnis der guten Sache wurde die Versammlung um 10 Uhr von dem Vorsitzenden Hrn. Robben geschlossen.

Söln. Ende Mai waren die beiden Kapells und Finn auf der Rückreise von Frankfurt hier, um unter der Firma „Zimmergehilfen“ Propaganda für die Herren vom „Neuen“ zu machen. A. Kapell sagte in einer Versammlung, die Sozialdemokratie hätte so große Fortschritte gemacht, daß wenigstens 5 Reichstagskandidaten das nächste Mal gewählt würden. Natürlich sagte dieser Schlaumeier nicht, daß es zwei sozialdemokratische Parteien gibt. Als sich hierauf einer unserer Parteigenossen zum Worte meldete, schlossen die edlen Brüder Kapell, die sich nicht sicher fühlten, sofort die Versammlung.

Fürth. Parteigenossen von Nürnberg und Fürth hatten vor einiger Zeit in dem etwa 4 Stunden entfernten Städtchen Langenzenn eine Volksversammlung angekündigt und abgehalten. Schon die Ankündigung derselben hatte die Honoratioren der Stadt mit Gefühlen baniger Sorge erfüllt; doch hätten die Hochmögenden sich gesagt, daß auch unter ihnen es Männer gäbe, ja studierte Männer, die zu sprechen verständen und vor einigen Handwerker nicht ins Maulloch zu kriechen brauchten. Die ankommenden Sozialdemokraten fanden das Städtchen zwar nicht besaggt, aber doch die Notabeln der Stadt und eine große Menge Neugieriger auf dem Bahnhofe versammelt und ihrer Ankunft harrend, in deren Mitte sie sich nach der Versammlungsorte begaben. Parteigenosse Schwanebeck erläuterte das Programm der Sozialdemokratie. Kleinere Störungen abgerechnet verlief die Versammlung befriedigend.

Die Gegner blühten vorwüthend einander an, weil Niemand das Wort ergriff, die Sozialdemokraten zu widerlegen. „Ich“, sagte Einer, dem ein dahin zielender Vorwurf zu Ohren bekommen sein mochte, „ich habe keine Veranlassung, diesen Leuten zu widersprechen, weil ich mit dem größten Theil des hier Gesagten einverstanden bin; aber Ihr, die ihr die ganze Woche das große Wort geführt habt, jetzt steht Einer von Euch auf und spricht!“ — Am Schlusse der Versammlung meldeten etwa 20 Personen ihren Eintritt in die Partei an. Von diesen wurden jedoch der größere Theil durch Drohungen und andere Beeinflussungen im Laufe der nächsten Tage bewogen, wieder zurückzutreten und den Inhabern größerer, zur Abhaltung von Versammlungen geeigneter Lokale bedeutend, daß sie in Verzug erklärt werden würden, falls sie nochmals ihr Lokal den Sozialdemokraten zur Verfügung stellen würden. Nachdem die Wichtigkeit dieser Verhältnisse konstatiert worden war, begaben sich Sonntag, den 4. Mai Nürnberg und Fürth der Partei genossen zum Theil mit Familie nach Langenzenn zu einer vertraulichen Besprechung mit den dortigen der Partei treu gebliebenen Genossen. Das Lokal, in welchem sie eintraten, war kein von der Langenzennener Aristokratie frequentirtes. Dennoch strömten diese, der Müller und der Dorfbanquier an der Spitze, trotz der Abmahnung des Wirths in das Gastzimmer, überschien die Handvoll Leute, und zwangen sie durch Mißhandlungen der rohesten Art auf die Straße zu flüchten. Hier aber wurden sie von dem aufgestellten Janhagel empfangen, mit Pflastersteinen beworfen,

und mit Knütteln geschlagen, zu Boden gerissen und an der Erde liegend mit Füßen getreten. Die Verfolgung erstreckte sich bis zum Perron der etwa 10 Minuten von der Stadt entfernten Eisenbahn-Station. Keine Polizei hatte sich blicken lassen. Das Haus des Bürgermeisters, in welche sich einige hart verfolgte geflüchtet hatten, bot keinen Schutz, da der würdige Magistrat nicht daheim und auch nicht aufzufinden war. Einem in Langenzenn wohnhaften Parteigenossen wurde am Abend eine Kagenmütze gebracht und mit Stangen und Steinen die Fenster zertrümmert. — Mehrere der Mißhandelten sind arbeitsunfähig; fast alle tragen die sichtbaren Spuren dessen, was sie erlitten haben. Von seiten der Ortspolizei ist bis heute nicht einmal eine Anzeige erstattet. Daß aber die Herren von Langenzenn noch lange an die Suppe denken werden, die sie sich eingebracht haben, ist gewiß. So bald werden sie keinen Sozialdemokraten mehr anrühren.

München. An sämtliche (Spengler-) Klempnergehilfen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz! Da bereits in allen größeren Städten Deutschlands Fach- oder Ortsvereine der Klempnergehilfen sich gebildet haben, welche sich zur Aufgabe machen, sowohl ihre materiellen als geistigen Interessen zu wahren und zu fördern, so sehen sich die Klempner Münchens veranlaßt, einen Aufruf an alle Kollegen ergehen zu lassen. Da wir bereits die Erfahrung machen, daß eine lokale Vereinigung nicht hinreicht, unsere Bestrebungen mit Nachdruck durchzuführen, sehen wir uns veranlaßt, an sämtliche Kollegen die Aufforderung ergehen zu lassen, sich anzuschließen, Vereine zu gründen, und mit uns vereint einen Verband zu schaffen, welcher einerseits unsere materiellen wie intellektuellen Interessen kräftigt wahren und fördert, andererseits es ermöglicht, dem Streben des bereits bestehenden Prinzipal-Verbandes, in so fern er unsere Interessen schädigt, energisch entgegen zu wirken, da wir schon in dieser Richtung traurige Erfahrungen machen. Wie bereits bekannt, war die erste Frucht dieses Verbandes eine neue, äußerst inhumane Werkstätte-Ordnung, welche in ganz Deutschland eingeführt werden soll, und womit die Frankfurter Kollegen zuerst beglückt wurden. Der Fachverein der (Spengler-) Klempnergehilfen Münchens hat nun ein Statut ausgearbeitet, welches alle Kollegen Deutschlands vereinigen soll; in demselben wird angestrebt, eine Centralstelle zu schaffen, von welcher aus alle Vereinsangelegenheiten geleitet und für das materielle sowie intellektuelle Gedeihen derselben gesorgt werden soll; es ist hierin Vorsehung getroffen für Reise-, Krankheits-, Sterbefälle und Reiseunterstützung. Wir fordern daher wiederholt alle Kollegen auf, sich zu vereinigen und sich zu dem abzuhaltenen Congresse vorzubereiten. Die Bekanntgabe der Zeit und des Orts zur Abhaltung des Congresses wird in kürzester Zeit sowohl im „Zeitgeist“, als auch im „Volksstaat“ veröffentlicht werden, und erlaubt sich hiesiger Fachverein folgende drei Punkte hierzu in Vorschlag zu bringen: Frankfurt a. M., Erfurt oder Eisenach. Wir ersuchen sämtliche Kollegen, sich für einen dieser Orte zu erklären, mit dem Bemerkten, daß sich die Kollegen des betreffenden Ortes auch den Vorbereitungen, welche ein Congreß in Betreff des Berathungslokales, sowie der Unterkauf der Delegirten erfordert, unterziehen wollen. Alle Anfragen hierüber sind zu richten an den correspondirenden Sekretair des Vereins, Jacob Kastner, Spenglergehilfe, Thal 5, 1. Rückgebäude, in München. Mit collegialischem Gruß J. Kastner.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, vorstehenden Aufruf aufzunehmen.

Regensburg, 8. Juni. Am Pfingstsonntag beriefen die Parteigenossen Regensburgs eine Volksversammlung im Laubacher-Saale in Stadthof ein, welche ziemlich gut besucht war und wo Unterzeichner als 1., Moser als 2. Vorsitzender und als Schriftführer Dannhauser gewählt wurden. Als Referent war Rick aus Landshut erschienen, welcher über die aufgestellte Tagesordnung: „Der Arbeiter im Staate“, referirte und durch öfteren Beifall die Anerkennung der Anwesenden erhielt. Nur mußte Vorsitzender den Referenten auf Antrag des Anwesenden Herrn Assessor Wagner zur Mäßigung erinnern. Den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Politische Rundschau“, führte Referent in Bezug auf die jetzigen französischen Verhältnisse mit einer scharfen Kritik aus, indem er den alten Sünder Thiers und den Nachfolger desselben, den Säbelkassler Mac Mahon ins gehörige Licht brachte. Nachdem noch zwei Redner, Grunewald und Moraweg, zur Sache gesprochen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Mit sozialdemokratischem Gruß Jos. Jblager.
* Aus dem Wiesenthal. Vor einiger Zeit brachte die „Concordia“, ein Organ der Arbeitgeber, welches die Richtung der „Katheder-Sozialisten“ vertritt, mehrere Artikel aus der Feder eines Fabrikanten, welche über die Arbeiterverhältnisse im Wiesenthal, insbesondere über die „Humanität“ der Fabrikanten das rosigste Licht zu verbreiten bestimmt waren. Hören wir, was die Arbeiter selbst sagen.

Der südliche Einschnitt im Schwarzwald, von der Wiese durchstrennt, wird das Wiesenthal genannt. An den Ufern des Flusses liegen hübsche Städtchen und Dörfer; auch etwa 40 Fabriken recken die Schote empor und dienen dem Thal zur Zierde (?), gewähren aber den Anwohnern desselben nur spärlisches Verdienst. Das Wiesenthal ist eine der schönsten Gegenden Badens und stark bevölkert; die Bewohner treiben Landbau, Viehzucht, Handel, Industrie. In der Nähe von Lörrach sehen die Ruinen des mittelalterlichen Raubschlosses Rötteln kollegialisch auf die Zwingburgen herab, welche die industriellen Raubritter und Schlotjunker des 19. Jahrhunderts im Thale errichtet haben.

In diesen „Fabriken“ sind circa 7000—8000 Arbeiter beschäftigt, ihr Verdienst ist durchschnittlich bei den Druckern, Formensetzern, Webern, Spinnern und Seidenarbeitern von 12 bis 21 Gulden in 14 Tagen oder 3 1/2 bis 5 1/2 Thlr per Woche, bei den Tagelöhnern von 40 kr. bis 1 fl. per Tag für oft 16—18stündige Arbeitszeit. Die Arbeiter müssen zufrieden (?) sein mit diesem „Verdienst“ — der ihnen nur ein kümmerliches Auskommen (?) gewährt, weil das patriarchalische Verhältnis zu ihrem Arbeitsherrn von diesen nach Kräften ausgebeutet wird. Manche von diesen Fabrikarbeitern suchen noch eine kleine Ersparniß zu machen, (das heißt auf Unkosten ihres Leibes und Gesundheit), sich etwas am Munde abzuhacken.

Auch Consum-Vereine, von Arbeitern gegründet, sollen dieses Sparsystem vervollständigen, den Arbeitern billigere Lebensmittel verschaffen — eine „Wohlthat“ für die Arbeiter sein — während in der That unter den obwaltenden Verhältnissen der Nutzen dieser Consumvereine nur den Arbeitsherrn zu Gute kommt, wie wir gleich sehen werden. Freilich sind hier wie anderwärts diese Consumvereine errichtet, um den Arbeiter billigere und bessere Lebensbedürfnisse zu verschaffen, allein abgesehen davon, daß es falsch ist dem Arbeiter auf diese Weise helfen zu wollen, weil dies nicht möglich ist, — Wasser in ein Sieb schöpfen heißt, dienen dieselben in hiesiger Gegend dazu, die Arbeiter noch mehr zu drücken, als sonst wohl möglich wäre. Fast alle diese Consumvereine werden unterstützt von den Fabrikherren, die, wie wir hier überzeugend nachweisen

wollen, nicht aus Humanität, sondern im eignen wohlverstandenen Interesse handeln, wenn sie diese Consumvereine fördern. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter, je billiger sie leben können, um so billiger zu arbeiten im Stande sind, daß also die Consumvereine, indem sie den Arbeitern ermöglichen, billig zu leben, den Fabrikherren um so billigere Arbeitskräfte liefern, sehen wir auch, daß durch die Consumvereine die Fabrikanten in den Stand gesetzt worden, bei Heller und Pfennig zu berechnen, wie wenig der Arbeiter zu verdienen braucht, um nicht zu verhungern. Durch die Consumvereine, deren Vorstände, wenn nicht gerade Beamte von verschiedenen Fabrikanten, so doch von diesen abhängig sind, werden die Fabrikanten genau unterrichtet, was eine Familie in 14 Tagen verbraucht und wie viel Kreuzer jedem Mitglied gut geschrieben wurden. Auf Grund dieser Erkundigungen berechnet der Fabrikher seine Löhne, denn er weiß dann sehr genau, wie viel der Arbeiter braucht, um sich kümmerlich durchzubringen. Es darf uns freilich nicht wundern, wenn die artigen Einrichtungen wie z. B. Consumvereine, Suppenanstalten in den Zeitungen als Beweis für die humanen Bestrebungen der Fabrikanten bezeichnet werden, wenn besonders die Lage der Arbeiter in hiesiger Gegend als eine, durch die Humanität der Fabrikanten zufriedenstellende, bezeichnet wird; die Leute, welche darüber schreiben, urtheilen wie der Blinde über die Farbe; statt selbst klar zu sehen, streuen sie den Leuten, die so etwas lesen und glauben, Sand in die Augen. Ja wohl, es sind schon öfter Fremde, höhere Beamte ic. hier gewesen, um die sehr gepriesene Glückseligkeit hiesiger Arbeiter von Angesicht zu Angesicht kennen zu lernen, aber wenn ein Gast in ein Haus kommt, so wird er nur da eingeführt, wo alles sauber und gepuzt ist. So ist es auch hier. Man würde Vieles entdecken, würde man den nächtlichen Schleier lüftend hinter die Coullissen sehen. Warum fragt man denn nicht auch die Arbeiter und scheut ihnen mehr Glauben? Säge man statt der schönen Räume und der hübschen Arbeit auch die Lohnbüchdelchen der Arbeiter und die Länge der Arbeitszeit, in welcher sie den in den Lohnbüchern verzeichneten Hungerlohn verdienen, durch, dann würde gewiß Mancher das Paradies des Wiesenthals für eine Dante'sche Hölle halten. Doch weiter. In unseren Thale sind auch nach mehreren andere Wohlthätigkeitsanstalten von den betreffenden Fabrikherren, natürlich nur — aus Liebe zu den Arbeitern — gegründet, nemlich: Arbeiterwohnungen, Fabrikkrankenlassen und in Lörrach haben wir noch besonders zu bemerken: eine Klein-Kinderschule, ein Kinderhospital und noch eine Kleinkinder-Aufsichtsanstalt; hier können die Eltern ihre Kinder den Tag über hingeben, damit die Frauen in die Fabrik gehen, und für den Fabrikpacha arbeiten, weil der Verdienst des Mannes nicht reicht, um die Familie zu ernähren. Daß die Arbeiter es für eine große Wohlthat halten, wenn die Ausbeuter solche Anstalten ins Leben rufen, beweist, wie sehr dieselben noch juristisch sind in der Erkenntniß ihrer Lage als Menschen. Die Krankenlassen werden hauptsächlich durch Einlagen aus den künftigen Verdiensten der Arbeiter erhalten, damit die kranken Arbeiter dem „Herrn“, der sie ausgebeutet, oder der betreffenden Gemeinde, der sie Steuern bezahlen, nicht zur Last fallen. — Die hier gebauten Arbeiterwohnungen sind nur errichtet, damit der Arbeiter an die Fabrik gefesselt, durch eine billigere Hausmiete in den Stand gesetzt wird, billig zu arbeiten. Ganz ähnlich verhält es sich mit den Arbeiterhäusern, die von den Unternehmern gebaut worden, um dem Arbeiter zu ermöglichen, sich Eigenheim zu erwerben. Es liegt ja klar auf der Hand, daß die Arbeiter durch die Uebernahme einer solchen Wohnung mehr an die Fabrik gefesselt sind. — Abgesehen davon, daß die wenigsten Arbeiter in der Lage sind, alle 14 Tage 4—5 fl. baar einzubehalten, um in etwa 20 Jahren, wenn sie mittlerweile nicht etwa durch Krankheit am Zahlen verhindert, oder gar gestorben sein sollten, „Hauseigentümer“ geworden zu sein, so haben diese vom Staat angerordenlich begünstigten Wenigen durch ihre Abhängigkeit, in welcher sie so lange Zeit hindurch den Fabrikanten gegenüber gehalten sind, einen höchst nachtheiligen Einfluß auf die Lebenshaltung aller andern Arbeiter ausgeübt und diese in gleicher Abhängigkeit niedergehalten, so daß die Erbauer einen doppelten Vortheil haben. Ja, ja! es ist doch etwas Schönes um die Humanität unserer heutigen Bourgeoisie. Das Geld, welches die angehenden „Hauseigentümer“ zahlen, trägt dem Erbauer von der Stunde der Einzahlung an den Zins, so zwar, daß ein Haus, welches in 14 Jahren bezahlt wird, dem Erbauer den doppelten Betrag mit Zins und Zinseszins aufbringt. — Also der Ausbeutete muß noch obendrein dem Ausbeuter sein Kapital mit 5 Prozent verzinsen, und bekommt dafür als Prämie einen niederen Lohn, weil er an die Scholle, d. h. an sein Haus gebunden, nach der Lohnpfeife seines Herren tanzen muß. — Wenn man all' diese Räume in denen die Arbeiter in Stidust und Feuchigkeit, von Gottes freier Natur abgeschlossen, Tage und halbe Nächte arbeiten, um nur ihr elendes Leben durchzubringen, nicht nur im Vorübergehen besieht, so ist zu bewundern, wie die Arbeiter das so geduldig ertragen. Sehen wir, wie die Frauen oft bis zum Tage ihrer Niederkunft für wenige Kreuzer sich plagen müssen, um die Familie (?) besser (?) durchzuschlagen, ihren Kindern die mütterliche Sorgfalt entziehen, und sie anderen Leuten überlassen, so daß sie oftmals auf den Straßen umher irren wie verlorene Schafe, so müssen wir doch fragen, wo da die so gepriesene Humanität steckt. Ist das nicht schlimmer, oder mindestens eben so schlimm als zur Zeit der Leibeigenschaft? Und was wird dann aus den Kindern, welche so erzogen werden? Was sind solche Familien? Können sie wohl glücklich sein? Nun ja das ist das „Glück“ einer Arbeiter-Familie im geseigneten Wiesenthal. Doch noch ein Wort über die Handhabung der Gesetzgebung, die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter in den Fabriken betreffend. Nach Artikel 4 dieses Gesetzes sollen keine jungen Leute, welche das 14. einschließig bis zum 16. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt, länger als bis Abends 8 1/2 Uhr arbeiten; das Gesetz wäre nicht so übel, obgleich es besser sein könnte. Allein obgleich die Arbeitszeit schon zu lange ist, so gibt es doch solche jugendliche Arbeiter, welche die ganze Woche von Morgens 6 Uhr bis Abends 10 und 12 Uhr arbeiten müssen. Dieses Gesetz ist ein Gesetz für die Fabrikanten. Die Inspektoren gehen bei Tage um nachzusehen, damit sie auch genau sehen, d. h. damit sie auch sehen wo sie hintreten, denn es ist oftmals gefährlich in diesen Räumen wo Arbeiter schaffen, und da kann man Nachts nichts hingehen. — Es ist freilich auch schon geklagt worden über dieses Fabrikanten-Gesetz, aber „eine Kröche haßt der anderen die Augen nicht aus“ — und so müssen auch wir uns hiermit begnügen, bis — nun ja doch, — bis wir stark genug sind, die Abhilfe uns zu erzwingen. Wie überall giebt es auch hier mehrere Vereine als da sind: „Katholischer Gesellen-Verein“, „Sänger-Verein“ und ein „Allgemeiner Arbeiter-Verein“. Letzterer hat sein Lokal in dem „Consumverein“, steht in erster Linie unter dem Vorstande der Verwaltung des Consumvereins; in

*) Es gibt hier Arbeiter welche täglich 16—18 Stunden arbeiten müssen.

